

Barbara Fritz, Bert Hoffmann

„WHAT DO THEY KNOW OF ENGLAND WHO ONLY ENGLAND KNOW?“

Vergleichende Regionalforschung als Schlüsselkompetenz in einer verflochtenen Welt

Schon die alten Römer machten *Area Studies*^{*}, Tacitus' Traktat über die Germanen. Ordentlich gegliedert in „A I. Land und Leute Germaniens im Großen und Allgemeinen“, „A II. Schilderung des öffentlichen Lebens und Treibens der Germanen“ (Tacitus 1876), und so weiter. Im Grunde ein Jahrtausendealtes Unterfangen also, auch wenn der Begriff dafür wechselt, von Regionalkunde über Regionalforschung bis zu dem eingebürgerten Anglizismus der bereits erwähnten *Area Studies*. Schon bei Tacitus war der Ansatz ganzheitlich, von der Wirtschaft („Nationalvermögen, Handel“) über die Politik („Die Volksversammlung und die Hohen“) bis zu Genderrollen, („Die Ehe“, „Familie und Familienrecht“).

Im Zuge der Ausdifferenzierung der Wissenschaft ist eine solche Betrachtung in verschiedene disziplinäre Subsysteme zerlegt worden: Geographie, Ökonomie, Politologie, Germanistik et cetera. Die *Area Studies* versuchen nicht zuletzt, derart sorgsam Zerlegtes wieder zusammenzudenken. Aber: In Deutschland gibt es keine Deutschland-Studien. In Mexiko keine Mexiko-Studien. Für das eigene Land greift eine ausdifferenzierte disziplinäre Arbeitsteilung der verschiedenen Disziplinen. *Area Studies*, die ihrem Anspruch nach die fächerübergreifende Zusammenschau aufrechterhalten, gibt es immer nur über die Anderen. „An Impossible Discipline“ werden *Area Studies* deswegen manchmal genannt, eine unmögliche Disziplin.

Im Folgenden skizzieren wir die Genese dieser „unmöglichen Disziplin“ und diskutieren einige Probleme, sowohl im Hinblick auf ihre institutionel-

* Dieser Artikel greift teilweise zurück auf den Vortrag „Area Studies and Comparative Area Studies: From an ‘Impossible Discipline’ to a new research paradigm“, 2011 CIES Research Forum: Area Studies Revisited: The Many Faces of an Interdisciplinary Field, ISCTE – CIES, Universität Lissabon, 25. November 2011 (Bert Hoffmann); Mehler/Hoffmann (2011); sowie auf Dullien/Fritz/Mühlich (2013).

le Verortung als auch in Bezug auf ihr Verhältnis zu den Fachdisziplinen. Im Anschluss wird dies exemplarisch vertieft an der Entwicklung des Deutschen Übersee-Instituts zum GIGA *German Institute of Global and Area Studies*, verbunden mit dem inhaltlichen Wandel von Länderkunde zu *Comparative Area Studies*. Dies erfolgt auch in Auseinandersetzung mit den *Comparative Politics* als politikwissenschaftlicher Subdisziplin, die das Vergleichen explizit im Titel führt. In der Folge geht es dann um das Verhältnis von *Area Studies* zu einer anderen Fachdisziplin, der Ökonomie.

Bevor wir fortfahren, möchten die Autoren jedoch ihre Befangenheit zu Protokoll geben. Einer der Autoren, Bert Hoffmann, arbeitet an eben jenem GIGA, dessen Entwicklung im Folgenden dargestellt wird. Die andere Autorin, Barbara Fritz, hat an der Freien Universität Berlin eine Professur, die gleichermaßen am Lateinamerika-Institut wie am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften verankert ist; sie beschreibt das Spannungsfeld zwischen *Area Studies* und Disziplin somit auch immer ein Stück weit in eigener Sache.

Area Studies: Blick zurück nach vorn

Wenn *Area Studies* ein Forschungsfeld beschreibt, dann ist „Area“ – der Gegenstand der Studien – zumeist ein Platzhalter. Die Wissenschaftler_innen, die unter dem Label „Area Studies“ firmieren, machen in aller Regel das, was genauer als „jeweils-eine-bestimmte-Area-Studien“ zu bezeichnen wäre. Deshalb gibt es Vereinigungen und Zeitschriften für *Latin American Studies*, *African Studies*, *South East Asian* oder *Brazilian Studies*. Aber kaum für *Area Studies*. *Area Studies* ist ein Dachbegriff. Die *Specific Area Studies* darunter haben viel stärkere Identitäten und Strukturen als das Dach darüber. Was den *Area Studies* gemeinsam ist, ist also nicht das Objekt ihrer Studien, sondern ihre Herangehensweise und eine räumlich begründete Auswahl des Studienobjekts.

Wenn wir Tacitus' Bericht über Germania in die Ahnengalerie der *Area Studies* stellen, dann verweist dies auch auf ihre Entstehungsbedingungen: Dass sie ein „child of empire“ sind, wie es später in Bezug auf die Blüte der *Oriental and African Studies* im kolonialen England formuliert wurde. Ein „Kind des Imperiums“, dessen Zentrum – ob nun Rom oder London – sich darum bemühte, Wissen über „die Anderen“ zu sammeln und zu systematisieren, über die dem Imperium Unterworfenen oder auch jene am Rande oder außerhalb seines Einflussbereichs.

Die modernen Area Studies haben sich dann vor allem im Zuge der kolonialen Expansion der europäischen Mächte entwickelt. Von daher ist wenig verwunderlich, dass das Interesse, die Vielfalt der „fremden“ Kulturen, Sprachen und sozialen Organisationsformen zu verstehen, in der Regel geprägt und geformt wurde durch wirtschaftliche und politische Interessen, durch rassistische Vorstellungen weißer Überlegenheit und die zivilisatorische „Bürde des weißen Mannes“. Gleichzeitig war das Studium antiker Zivilisationen, ethnischer Codes, sozialer Dynamiken und fremder Sprachen Teil des sehr viel umfassenderen Prozesses der Ausdehnung der Paradigmen westlicher Wissenschaft über den Globus.

Der Ägypten-Feldzug Napoleons von 1798 bis 1801 war ein gleichermaßen militärisches wie wissenschaftliches Unterfangen. Zahlreiche Gelehrte waren Teil der Expedition, gleich zu Beginn wurde in Kairo das *Institut d'Égypte* gegründet. Ziel war es, sowohl die militärische und ökonomische Vorherrschaft Großbritanniens im Mittelmeerraum zu unterminieren wie auch Frankreichs Position als führender Wissenschaftsstandort zu festigen.

Während ab der Mitte des 18. Jahrhunderts die Hauptstädte Europas die Kunst- und Kulturschätze der „exotischen“ außereuropäischen Welt in Museen oder – wie im Fall des Obeliskens von Luxor auf der Pariser *Place de la Concorde* – im öffentlichen Raum zur Schau stellten, begann an den europäischen Universitäten im 19. Jahrhundert, parallel zur Blüte des Kolonialismus, die Etablierung von Studien über die außereuropäische Welt und ihre Kulturen.

Ein ähnlicher Prozess erfolgte im 20. Jahrhundert in den USA. Nach dem Ersten Weltkrieg, der die USA als Großmacht auf die zentrale Bühne der Weltpolitik katapultierte, erfolgte die Grundsteinlegung für interdisziplinäre Zentren zur Erforschung der Weltregionen südlich, westlich und östlich der USA. Der zweite große Schub kam nach dem Zweiten Weltkrieg, als die USA als neue Weltmacht der Sowjetunion gegenüberstand, und Afrika, Asien, Lateinamerika und der Nahe Osten zu den Schauplätzen des Kalten Krieges wurden. Gegenwärtig erleben wir, wie der Aufstieg zur Wirtschafts- und Weltmacht auch in der Volksrepublik China mit einem substanziellen Ausbau der Area Studies-Kapazitäten und -Kompetenzen einhergeht, dessen Motivlage sich auch hier aus den wirtschaftlichen sowie der gewachsenen Rolle in der internationalen Politik speisen dürfte.

In Deutschland ist es das Handels- und Wirtschaftsinteresse des Landes gewesen, das 1964 zur Gründung des Deutschen Übersee-Instituts in der Hafenstadt Hamburg führte, in logischer Nachbarschaft zum Institut für Schiff- und Tropenkrankheiten und angelehnt an die in der Hansestadt

ansässigen Afrika-, Asien-, Lateinamerika- und Nahostvereine der deutschen Exportwirtschaft. Am Beispiel des Instituts lässt sich der Wandel von den traditionellen regionalkundlichen Ansätzen hin zu einem neuen Leitbild komparativer Regionalforschung exemplarisch darstellen.

Von der Regionalkunde zu Comparative Area Studies

Wenn das Deutsche Übersee-Institut zur räumlichen Definition seines Untersuchungsgegenstands den Begriff „Übersee“ wählte, dann war dies im Grunde bereits bei seiner Gründung ein Anachronismus (allerdings einer, der der Hafenstadt Hamburg schmeichelte). Praktische Probleme ergaben sich daraus jedoch kaum: Seiner institutionellen Struktur nach war das DÜI an Regionalstudien *als Single Area Studies* ausgerichtet. Seine vier rechtlich eigenständigen und inhaltlich getrennt voneinander operierenden Regionalinstitute bezogen ihre Identität über jene Groß-Regionen, entlang derer auch weltweit die großen Area Studies-Organisationen ausgerichtet sind: Asien, Afrika, Lateinamerika und der Nahe Osten.

Es bedurfte einer von der Leibniz-Gemeinschaft in Auftrag gegebenen Evaluierung im Jahre 2004, an der Marianne Braig teilhatte, um einem anderen Zugang den Weg zu bahnen (Leibniz-Gemeinschaft 2004). Die Überführung der einzelnen Regionalinstitute in ein einheitliches Institut mit gemeinsamen Strukturen war dabei die Voraussetzung dafür, auch in der Forschung die *Single Area*-Fokussierung zu überwinden. Verbunden war dies auch mit der Umbenennung des DÜI in GIGA German Institute of Global and Area Studies.

Dabei ist der Ansatz, Länder und Regionen aus einer vergleichenden Perspektive zu erforschen, naheliegend. „And what should they know of England who only England know?“, hatte Rudyard Kipling (1891) einst gefragt. Um die Spezifika eines Gemeinwesens zu verstehen, muss man auch andere kennen. Wer über die Besonderheiten lateinamerikanischer Politik, Kultur, Gesellschaft oder Wirtschaft redet, kann dieses Besondere ja nur finden, indem er oder sie diese mit anderen vergleicht. Zumeist geschieht dies nur implizit, im Vergleich mit denen Europas oder Nordamerikas. Wer nur England kennt, kann nur beschreiben, aber nicht verstehen.

Dennoch fällt akademisch der Ansatz vergleichender Regionalforschung zwischen die Stühle der etablierten Institutionen und Disziplinen. In der Politikwissenschaft wird dies besonders augenfällig, da es hier eine Sub-Disziplin gibt, die das Vergleichen explizit im Namen führt: Die Vergleichende Politikwissenschaft beziehungsweise neudeutsch Comparative

Politics. Wobei dieser Name erklärungsbedürftig ist. Denn die Subdisziplin der Vergleichenden Politikwissenschaft teilt mit den klassischen Area Studies ein Problem: Ihr Forschungsgegenstand sind immer „die Anderen“. Przeworski beschrieb die dominante Konzeption von *Comparative Politics* in den USA als „one where Americans go out and study other countries“ (Przeworski 2003: 59). Wer in den USA über Wahlen oder soziale Bewegungen oder Gesundheitspolitik in den USA arbeitet, der studiert *Political Science* oder *Government*. Wer in den USA aber über Wahlen oder soziale Bewegungen oder Gesundheitspolitik Brasiliens arbeitet, der macht Comparative Politics. Und Przeworski fragt spitz: „Now, I ask myself: ‘What do Brazilians do when they study Brazil?’“ (ebd.).

In der alten Kontroverse um das Verhältnis von Area Studies und politikwissenschaftlicher Fachdisziplin (vgl. unter anderem Szanton 2004) kreisten die üblichen Vorwürfe an die Regionalforscher um deren „horizontale Ignoranz“: Der fehlende Blick über den jeweiligen Fall hinaus, deskriptive Zugänge mit geringer Generalisierbarkeit, Theorie- und Methodenschwäche. Von Area-Studies-Vertretern wird im Gegenzug die „vertikale Ignoranz“ der Disziplin beklagt: Das nur oberflächliche Wissen über die verhandelten Fälle, die geringe historische Tiefe und mangelnden kulturellen und sprachlichen Kenntnisse, und die (implizite oder explizite) Erhebung der Erfahrungen und Modelle der USA und der OECD-Welt zur Norm, die jede andere Realität nur als Abweichung erlebt. Bemerkenswert wenig Beachtung hat in dieser Debatte aber das Gefundene, was man als die Lebenslüge der Comparative Politics bezeichnen kann: dass sie eben nicht, wie der Name nahelegt, durch eine besonders konsequente Anwendung komparativer Methodik geprägt sind. Referenz des Vergleichs ist in der Regel schlicht die übergreifende politikwissenschaftliche Theoriediskussion; und „comparative“ wird dies nur dadurch, dass andere Länder als das eigene auf diese Theorie bezogen werden.

Vor diesem Hintergrund stellt das Konzept der Comparative Area Studies den Versuch dar, die profunde Regional- und Länderkenntnis, die gute Area Studies auszeichnet, nicht nur mit den Theorie-Ansprüchen der Fachdisziplin zu verbinden, sondern darüber hinaus den Vergleich ernster zu nehmen als es oftmals in den Comparative Politics der Fall ist. Abram (2009: 3) sieht in seinem Plädoyer für Comparative Area Studies diese „as a new rubric that maintains the importance of regional knowledge while contributing general theory through contextualized comparisons and nested analysis“. Dies erfordere aber, dass „area studies itself must become more comparative in order to play a part in theory construction“ (ebd.).

Objekt des Vergleichs können dabei alle Arten empirischer Einheiten sein, ob lokale Gemeinden oder überstaatliche Integrationsbündnisse, ob soziale Bewegungen oder nationalstaatliche Regierungen. Mit Basedau/Köllner (2007: 110) lassen sich drei Ebenen für komparative Regionalforschung unterscheiden: Intra-regional, sprich: das Vergleichen von Fällen innerhalb einer gegebenen Großregion; inter-regional, sprich: Vergleich von Regionen untereinander; und über- oder cross-regional, sprich: das Vergleichen von Fällen aus mehreren Weltregionen.

Gerade für die letzten beiden Forschungsansätze müssen, sollen sie empirisch gut gemacht werden, profunde Kenntnisse unterschiedlicher Kulturen und Gesellschaften zusammengeführt werden. Um ein Beispiel zu nehmen: Sicherlich liegt es nahe, aufgrund der ähnlichen politischen Kontextbedingungen Internetregulierung und -nutzung in China, Vietnam und Kuba zu vergleichen. Doch nur wenige Wissenschaftler dürften über die Sprach- und Landeskenntnisse verfügen, um eine gehaltvolle empirische Untersuchung aller drei Länder durchführen zu können. Derartige Forschung ist zwingend auf Kooperation angewiesen. Die historische Struktur des Deutschen Übersee-Instituts, dessen vier eigenständige Regionalinstitute kaum inhaltliche Bezüge untereinander hatten, war hierfür wenig geeignet. Erst ein integriertes Institut mit quer über die Regionen hinweg arbeitenden Forschungsschwerpunkten ermöglicht es, die versammelte Regionalexpertise für eine systematisch angelegte Agenda von Comparative Area Studies zu nutzen. Die organisatorische Matrix des GIGA ist von daher eine institutionelle Antwort auf die infrastrukturellen Anforderungen vergleichender Regionalforschung.

Vergleiche und Verflechtungen

Ein wichtiger Mehrwert der Area Studies gegenüber etwa der Vergleichenden Politikwissenschaft ist zweifelsohne ihr interdisziplinärer Zugang. Gerade wenn es gilt, die Kontextbedingungen ernster zu nehmen, als es die gängigen large-N-Studien des quantitativ orientierten Mainstreams tun, ist die Zusammenarbeit verschiedener Disziplinen eine große Stärke der Regionalforschung. Dies gilt umso mehr in einer Zeit, in der das Gros von leistungsstarken Forschungsverbänden und *Clustern*, wie sie etwa in der Exzellenzinitiative der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wurden, von der Einsicht geprägt ist, dass zur Bearbeitung der drängenden wissenschaftlichen Fragen das Zusammenspiel verschiedenster disziplinärer Expertise nötig ist.

Gleichwohl bleibt hier eine gravierende Kluft zu den etablierten institutionellen Rahmenbedingungen des Wissenschaftsbetriebs zu konstatieren: Auch wenn allenthalben inter- und transdisziplinäre Forschung verlangt wird, folgen die dominanten und für Karrierewege entscheidenden Rankings wissenschaftlicher Zeitschriften (bspw. der *ISI Social Science Citation Index*) einem klaren *bias* zugunsten disziplinärer Journals. In der Folge bestehen dysfunktionale Anreizstrukturen: Fächerübergreifende Forschung muss, um nach den konventionellen Kriterien erfolgreich zu sein, ihre Ergebnisse wieder nach disziplinären Kriterien zerlegen, um in hoch gerankten Journals publiziert zu werden.

Der zitierte Satz von Rudyard Kipling, dass derjenige, der lediglich England kenne, England eben nicht kenne, lässt sich aber auch noch in einem anderen Sinne verstehen. Es geht nicht nur um den Vergleich und das In-Relation-Setzen eines Landes zu anderen Gemeinwesen, sondern auch um die internationale Eingebundenheit und transnationale Verflechtungen dieses Landes. Wer nur England kennt und nicht – um in Kiplings Welt zu bleiben – seinen kolonialen Fußabdruck in Indien oder Afrika, der kann das England des 18. und 19. Jahrhunderts nicht verstehen. Wer heute nicht die internationalen Finanzgeschäfte der Londoner Banken oder die transnationalen Migrationsnetzwerke aus der Karibik sieht, der wird England nur als oberflächliches Bild sehen können, aber nicht die Antriebskräfte seiner Wirtschaft, Gesellschaft und Politik begreifen.

In diesem Sinne ist heute kaum eine Beschäftigung mit Phänomen in weit entfernten Weltregionen adäquat als rein lokale Analyse denkbar. Genauso wenig sind angesichts globaler ökonomischer und sozialer Prozesse die gesellschaftlichen Ungleichheiten oder die daraus resultierenden politischen Auseinandersetzungen in einem bestimmten Land in rein nationalen Kategorien erfassbar. Transregionale Verflechtungen durchdringen all diese Phänomene und Prozesse. Marianne Braig (2005: 20) sieht denn auch eine Mitverantwortung der Area Studies für ihre oft beklagte Abkopplung vom ‚Kern‘ der systematischen Disziplinen gerade darin, dass sie diese transnationalen und transregionalen Verflechtungen lange Zeit zu wenig in den Blick genommen haben: „Zu ihrer Randständigkeit tragen sie [die Area Studies] dadurch selbst bei, als sie nicht selten von einem traditionellen Kulturbegriff ausgehen und an ihm festhalten, der ‚Kultur‘ im Sinne der Container-Theorie in klaren, regionalen, nationalstaatlichen oder lokalen Grenzen behandelt wissen will.“

Neuere Initiativen wie der Forschungsverbund „Wege des Wissens. Transregionale Studien“ am Wissenschaftskolleg zu Berlin (www.wiko-berlin.de), das vom BMBF geförderte Kompetenznetzwerk „desiguALdades.net“

(www.desiguALdades.net) oder das deutsch-mexikanische Graduiertenkolleg „Entre Espacios“ (www.lai.fu-berlin.de/entre-espacios) haben diese transregionalen Verflechtungen („*entanglements*“) ins Zentrum gerückt. Ihre Ergebnisse tragen wesentlich dazu bei, die diagnostizierte „Container-Logik“ und den oft damit verbundenen „methodologischen Nationalismus“ in der sozialwissenschaftlichen Regionalforschung zu überwinden.

Die traditionelle sozialwissenschaftliche Komparatistik geht von abgeschlossenen Einheiten aus, von „Containern“, die miteinander in Bezug gesetzt werden, ob nun als *small-*, *medium-* oder *large-N-*Vergleich. Für das skizzierte Forschungsfeld der Comparative Area Studies stellt es eine der zentralen Herausforderungen dar, jene vielfältigen Wechselwirkungen und Verwobenheiten analytisch adäquat zu erfassen, auf die Marianne Braig hingewiesen hat, und die die von ihr mit initiierten Forschungsverbünde so nachdrücklich in den Fokus der sozialwissenschaftlichen Aufmerksamkeit gerückt haben.

Regionalforschung und Comparative Economics:

Die Entkernung des Fachs als Beitrag zur Erneuerung der Disziplin

Der Mainstream der Ökonomie hat sich früher und radikaler als andere Sozialwissenschaften dem *rational choice*-Ansatz verschrieben; mit dem universalistischen Ansatz der Nutzenmaximierung der Individuen zielt sie auf eine Annäherung an die Naturwissenschaften. Damit hat sie sich besonders weit von jeglicher Form der Area Studies entfernt, die darauf abzielen, die Welt in ihrer Diversität und Verflochtenheit zu erklären. Mit der Dominanz der *rational choice*-Ansätze sind in der Wirtschaftswissenschaft klassische Länderstudien „*out*“ und stattdessen mikroökonomische Ansätze „*in*“, die Marktversagen in erster Linie durch Politikversagen, also durch falsche öffentlich gesetzte Anreize für universal definierte Individuen erklären. Prominentes Beispiel hierfür ist die derzeitige Diskussion in Europa über die Notwendigkeit einer öffentlichen Sparpolitik. In der Standardökonomie gibt es für Finanzkrisen nach wie vor die – mikroökonomisch fundierte – Standarderklärung, dass öffentliche Defizite dazu führen, dass sich die Erwartungen der privaten ökonomischen Akteure verschlechtern, da diese einen Anstieg der Inflation fürchten und ihre Investitionen aus diesem Land abziehen. Die einzig mögliche Reaktion darauf kann nur eine öffentliche Sparpolitik sein, koste es, was es wolle, weil dann, so das Kalkül, am Ende die Investoren zurückkommen und die Wirtschaft des Landes wieder aufblüht.

Auch die traditionelle Makroökonomie hat sich Regressionsanalysen mit einer möglichst großen Fallzahl verschrieben. Selbst in der fortgeschrittenen Version beinhalten diese oft recht krude Annahmen in Bezug auf geographische oder institutionelle Kontextbedingungen, die bestenfalls den Anfang, aber keinesfalls das Ende der Weisheit bedeuten können. Wenn mit diesen Methoden Geographie als Faktor einbezogen wird, dann beispielsweise über die Analysen des Zugangs zum Meer als Determinante der ökonomischen Entwicklung über Außenhandel (Sachs et al. 2001). Institutionelle Spezifika müssen quantifizierbar gemacht werden, und so fragen Studien nach dem Zusammenhang zwischen monetärer Stabilität und der Zahl der Mitglieder von Zentralbank-Gremien (Berger/Nitsch 2011) statt nach Entscheidungsprozessen, involvierten Akteuren und deren Kontextbedingungen wie beispielsweise Machtverhältnissen.

Spätestens seit dem Ausbruch der sogenannten globalen Finanzkrise wird die Disziplin der Wirtschaftswissenschaft fundamental in Frage gestellt. Nicht nur, dass die wenigsten ihrer Vertreter diese Krise vorausgesehen hatten – sie konnten sie auch danach nur unzureichend erklären geschweige denn die richtigen Mittel zum Kurieren aufzeigen. Dass diese Krise, die im Finanzsystem der USA ihren Ausgang nahm, um dann die Eurozone zu erreichen, als eine globale bezeichnet wird, zeugt von der Industrieländer-Zentriertheit des wirtschaftswissenschaftlichen *Mainstreams* (als Äquivalent zum sog. Eurozentrismus der Geisteswissenschaften in ihrer erweiterten Definition). Auch heute noch wird selbst den großen Schwellenländern empirisch wie theoretisch nur eine Randexistenz zugestanden. Erfahrungen dieser Länder mit ähnlichen Finanzkrisen vor gerade einmal einem Jahrzehnt spielen in der Debatte denn auch so gut wie keine Rolle.

Durch die systematische und vergleichende Aufarbeitung dieser Krisenerfahrungen könnten wirtschaftswissenschaftlich kundige Area Studies jedoch durchaus einen Beitrag zur „Erneuerung des Kerns der Disziplin“ leisten, wie er von Marianne Braig vorgeschlagen wird (Braig 2005).

Um bei der aktuellen Finanzkrise zu bleiben: Auf der einen Seite stehen die „Fiskalisten“ orthodox-monetaristischer Prägung, für die die Reduzierung des öffentlichen Defizits die universale Lösung ist; auf der anderen Ökonomen mit irgendwie keynesianischer oder im breiten Sinne institutionenökonomischer Prägung, die finanzielle Stabilität in einem viel umfassenderen Sinn als zentrales Ziel der Wirtschaftspolitik ansehen (stellvertretend: Eichengreen et al. 2011). Der große Vorteil dieser Ansätze im Vergleich zur herrschenden Orthodoxie ist es, mittels der fundamentalen Kategorie der Unsicherheit Erwartungsbildung und ökonomisches Handeln in ihrer gesellschaftlichen Einbettung analysieren zu können. Für diese Pers-

pektive umfasst finanzielle Stabilität auch die Stabilität der Beziehungen zwischen realer und monetärer Sphäre. Letztere kann nur erreicht werden, wenn weder Blasenbildungen im Immobiliensektor oder Aktienmarkt Instabilität erzeugen noch der Mangel an Kaufkraft aufgrund zu geringer Löhne oder zu niedriger Beschäftigung kreditfinanzierte produktive Investitionen verhindert. Gerade das Austarieren der Verteilungskämpfe zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Gläubigern und Schuldner, oder auch zwischen unterschiedlichen Steuerzahlern, das weit über rein wirtschaftliche Beziehungen an das Grundverständnis von Gesellschaften rührt, ist ein wesentlicher Faktor, ob Länder die schwierige Balance zwischen Inflation und wirtschaftlicher Schwäche einerseits und der Gefahr der Blasenbildung und zerstörerischen Finanzkrisen durch eine zu starke finanzielle Vermögenskonzentration auf der anderen Seite erreichen können. Für die finanzielle Stabilität ist also eine Vielzahl von Kriterien weit über die die Inflationsrate hinaus wichtig, deren Relevanz in Raum und Zeit erheblich variieren kann. Mit einem solchen Verständnis kann die Wirtschaftswissenschaft wieder den anderen Sozialwissenschaften gegenüber geöffnet werden und in einen interdisziplinären Dialog treten, der im Grundverständnis von Regionalstudien steht.

Angesichts nicht nur der Vielzahl von Faktoren, sondern auch ihrer Wechselbeziehungen und Reaktionen, sind mathematische Modelle in der Regel heillos überfordert. Dies gilt insbesondere dann, wenn es sich um eher seltene Ereignisse wie große Krisen handelt, die kaum aus der Fortschreibung von Variablen aus der Vergangenheit in die Zukunft zu erklären sind. In diesem Fall kann ein systematischer Vergleich zwischen diesen eher seltenen Ereignissen, also eine komparative Studie mit kleiner Fallzahl, einen höheren Erkenntnisgewinn versprechen als large-N-Analysen mit globalem Anspruch.

Hier nun kommen die Area Studies ins Spiel: Gerade komplexe Interdependenzen zwischen der Vielzahl von Faktoren erfordern zum einen spezifische Kenntnis der Ausgangsbedingungen in den unterschiedlichen Ländern. Diese profunde Regionalexpertise ist die Kernkompetenz der „klassischen“ Area Studies im Sinne von Länderstudien. Wenn deren Leitmotiv „Die Welt ist nicht flach“ ist, so kann es hier mit Leben gefüllt werden. Trotzdem, und daran müssen sich auch die Regionalstudien messen lassen, muss dies ein systematisierender Beitrag jenseits der regionalen Singularitäten sein. Dies erfordert eine klug konzipierte Komparatistik, egal von welcher disziplinären Warte aus.

Zweitens erfordert ein solcher Zugang Kenntnisse der spezifischen Ströme und Bewegungen sowie der Auswirkungen nationalstaatlichen

Handelns über die nationalen Grenzen hinweg. Denn angesichts der massiven globalen wirtschaftlichen Verflechtungen reicht der Blick auf den nationalstaatlichen Container als Analyseeinheit längst nicht mehr aus. So wird die brasilianische Regierung derzeit nicht müde, den reichen Ländern einen „Währungskrieg“ gegen die Schwellenländer vorzuwerfen. Mit ihrer seit dem Ausbruch der Krise verfolgten Niedrigzinspolitik würden die US-amerikanische und die europäische Zentralbank dafür sorgen, dass große Mengen Rendite suchenden Kapitals in die Schwellenländer drücken und dort für eine Aufwertung der Währungen sorgen. Damit, so die Argumentation, werde die Wettbewerbsfähigkeit der Industrien der *emerging markets* geschädigt (Mantega 2012). Beiträge zu dieser Debatte erfordern nicht nur fundierte Kenntnisse der brasilianischen Ökonomie, ihrer regionalen Einbettung sowie der Formen, in denen sich der brasilianische Finanzsektor globalen Finanzströmen gegenüber öffnet, sondern auch der Strategien internationaler Finanzinvestoren gegenüber der brasilianischen Währung, wie dies beispielhaft von Kaltenbrunner (2011) untersucht wurde. Wenn die neueren Ansätze von Area Studies globale und regionale Verflechtungen ins Zentrum der Analyse rücken, dann gilt dies allzumal für eine aufgeklärte Wirtschaftswissenschaft.

Drittens, und hier kommen die vergleichenden Regionalstudien ins Spiel, können durch einen klug angesetzten Vergleich auch Industrieländer von den Erfahrungen peripherer Ländern und Regionen lernen. Auch wenn Industrieländer in der Regel durch ein höheres Pro-Kopf-Einkommen, stabilere Regeln und Institutionen sowie geringere Anfälligkeit für Krisen oder abrupte politische Regimewechsel und dem Pendeln zwischen unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Strategien geprägt sind, sollte der Vergleich mit Entwicklungs- und Schwellenländern nicht pauschal zurückgewiesen werden.

Für den systematischen Vergleich weniger Fälle hat die Ökonomie trotz aller Methodenlastigkeit keine eigene Methode entwickelt. So schreibt Gustav Ranis zum Verhältnis zwischen Ökonomie und Regionalstudien:

Something intermediate is needed beyond [...] regressions and old-fashioned country studies [...]. Cross-country regressions are mercifully now on the decline but in-depth macro country studies relying on area studies information, the natural alternative, have not yet really emerged in full force (Ranis 2009).

Ob der Optimismus von Ranis bezüglich des Niedergangs der groß angelegten Regressionsanalysen gerechtfertigt ist, muss sich noch zeigen. Unabhängig davon aber kann die Ökonomie von der vergleichenden Poli-

tikwissenschaft lernen, die ein inzwischen weit entwickeltes Instrumentarium unterschiedlich gelagerter Vergleiche bei kleinen Fallzahlen anbietet, die sowohl mit qualitativen als auch mit quantitativen Methoden (sowie ihrer Kombination) bearbeitbar sind.

Mit Hilfe solcher komparativen Methoden kann, so das Argument hier, Europa derzeit von Lateinamerika lernen. Nicht zufällig werden die südlichen Länder der Eurozone seit Krisenbeginn als „Peripherie“ bezeichnet, ein Begriff, der in der Nachkriegszeit vom lateinamerikanischen Strukturalisten und Gründungsdirektor der CEPAL, Raúl Prebisch, geprägt worden war und der später mit den *dependencia*-Ansätzen von Cardoso/Faletto bis Wallerstein diffundierte. Es erscheint – trotz aller Unterschiede – durchaus hilfreich, diese Euro-Peripherie mit dem Lateinamerika der 1980er und 1990er Jahre zu vergleichen.

In keiner anderen Region der Welt waren Schuldenkrisen so häufig wie in Lateinamerika in dieser Zeit. Wie auch im derzeitigen Europa war es häufig nicht der Staat, der seine Ausgaben auf Pump finanzierte, sondern vielmehr private Unternehmen und Banken, die sich zu günstigen Zinsen im Ausland verschuldet hatten. In der Krise dann, häufig auch auf Forderung der internationalen Gläubiger, denen das sicherer erschien, übernahm der Staat diese privaten Verbindlichkeiten. „Sozialisierung der Schulden“ wurde dies genannt. Bei den lateinamerikanischen Finanzkrisen, vor allem der 1990er Jahre, spielte die finanzielle Liberalisierung und ungenügende Regulierung des Finanzsektors eine ähnlich große Rolle wie derzeit in Europa; hier wie dort war der *bailout*, das „Herauspauken“ von überschuldeten Banken, einer der Hauptgründe für den Anstieg der öffentlichen Verschuldung und dadurch erzwungene öffentliche Sparprogramme mit den bekannten negativen Konsequenzen für Wachstum und Verteilung.

Zwei Jahrzehnte lang rangen die Länder Lateinamerikas nach außen mit den internationalen Gläubigern und laborierten nach innen mit unterschiedlichsten Versuchen, die mit der Verschuldung einhergehende Inflation einzudämmen. Ihren fulminanten Endpunkt fand diese Phase mit dem rigiden argentinischen *Currency Board* (Schwarzer 2002). Dieses koppelte die heimische Währung so eng wie nur möglich an den US-Dollar, um damit den nationalen Politikern die Hände zu binden, ohne das eigene Geld ganz aufzugeben. Mehrere Jahre lang schien dies gut zu gehen. Die Inflation sank, die Wirtschaft wuchs, bis der gleichzeitig anwachsende Schuldenberg gegenüber dem Ausland überhandnahm. Nach verzweifelten Versuchen der Anpassungspolitik erklärte die Regierung 2001 den internationalen Gläubigern gegenüber den Bankrott, stellte die Zahlungen ein, löste den argentinischen Peso vom Dollar und wertete massiv ab. Schon bald darauf

stellte sich wieder hohes Wirtschaftswachstum ein, trotz bleibender Verwerfungen im Bankensektor.

Der Internationale Währungsfonds hatte zuvor lange darauf bestanden, dass die argentinische Schuldenkrise mit einem klassischen Strukturanpassungsprogramm bekämpft werden müsse. Zuerst erfordert dies eine staatliche Austeritätspolitik zur Wiederherstellung der Geldwertstabilität, mit der gleichen Begründung, mit der auch die europäische Peripherie gerade zum Sparen genötigt wird. In der Folge verhandelte der IWF Ende der 90er Jahre mit Argentinien mehrere Kreditpakete mit den typischen Konditionalitäten – wofür er sich im Nachhinein schwere Kritik gefallen lassen muss.

Aufbauend auf den langen Erfahrungen mit Schuldenkrisen in Lateinamerika und anderen Entwicklungsregionen, vor allem aber vor dem Hintergrund des Falls Argentinien veröffentlichte der IWF selbst dann einige bahnbrechende Studien zur Tragfähigkeit von Verschuldung und der notwendigen Unterscheidung zwischen Illiquidität und Insolvenz (stellvertretend: IMF 2002). Nach diesen Einsichten soll ein Schuldner (unabhängig davon, ob es sich um ein Unternehmen, einen öffentlichen Schuldner oder ein Land handelt) unbedingt und unmittelbar mit frischen Krediten versorgt werden, so lange er langfristig in der Lage ist, seine Schulden zu bedienen, aber kurzfristig unter einer Liquiditätsklemme leidet (aus welchem Grund auch immer). Wenn aber eine Situation der Überschuldung eingetreten ist, wo auch zukünftig zu erwartende Einnahmen nicht ausreichen für die anstehenden Schuldentilgungen, dann, so der IWF, mache es keinen Sinn mehr, weitere Kredite anzubieten. Vielmehr sei eine effektive Reduzierung der Schuldenlast durchzusetzen, die dem Schuldner einen Neustart ermöglicht und den Gläubigern die Aussicht bietet, gegen einen Teilverzicht auf die Forderungen eine zuverlässige Schuldentilgung in der Zukunft zu gewinnen.

Was hat das mit vergleichenden Area Studies und der Eurokrise zu tun? Griechenland galt seit Ausbruch der Krise im Jahr 2010 als überschuldet, wurde aber die ersten beiden Jahre trotzdem unter massiven Auflagen für eine Sparpolitik mit frischen Krediten versorgt. Erst 2012, als die Krise des Landes sich trotz einer Vielzahl umgesetzter Strukturanpassungsmaßnahmen immer weiter ausdehnte und einen Flächenbrand in der Euro-Peripherie ausgelöst hatte, wurde eine Schuldenreduzierung umgesetzt, die sich aber auf die privaten Gläubiger beschränkte und die öffentlichen Gläubiger aussparte. Ob diese umfassend genug war, daran hat inzwischen die IWF-Direktorin fundiert und öffentlich Zweifel geäußert (Spiegel 2012). Eine zentrale Frage ist, ob auch Griechenland den zusätzlichen Schub einer

Währungsabwertung bräuchte, wie er in Argentinien recht erfolgreich zumindest in den ersten Jahren nach der Schuldenkrise positiv wirkte, oder ob hier der Vergleich nicht trägt, weil Argentinien noch eine eigene Währung besaß, während Griechenland das völlig unbekannte Neuland der Wiederverneuerung einer eigenen Währung betreten müsste. Sorgfältige systematische Vergleiche können diese Frage vielleicht nicht *per se* beantworten, sie würden aber einen dringend benötigten analytischen Bezugsrahmen zur Einschätzung der Perspektiven bieten. Auch die Theoriebildung zum Umgang mit Schuldenkrisen könnte von einem solcherart verschränkten Blick auf die Erfahrungen Lateinamerikas und die gegenwärtigen Probleme der europäischen Peripherie vieles lernen. Eine um Area Studies-Kompetenz bereicherte Wirtschaftswissenschaft kann so in der Tat zu einer „Entkernung des Fachs“ beitragen, wie dies Marianne Braig schon 2005 einforderte, und zu der sie als Wissenschaftlerin – immerhin ist sie studierte Ökonomin – wie auch in ihrer Funktion als Vorsitzende des Lateinamerika-Instituts Wesentliches beisteuerte.

Bibliographie

- Ahram, Ariel A. (2009): The Theory and Method of Comparative Area Studies. IPSA Committee on Concepts and Methods, Working Paper Series 19.
- Basedau, Matthias/Köllner, Patrick (2007): „Area Studies, Comparative Area Studies, and the Study of Politics: Context, Substance, and Methodological Challenges“. In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, Vol. 1, Nr. 1, S. 105-124.
- Berger, Helge/Nitsch, Volker (2011): „Too Many Cooks? Committees in Monetary Policy“. In: Southern Economic Journal, Vol. 78, Nr. 2, S. 452-475.
- Braig, Marianne (2005): „Ökonomie als transnationale Disziplin oder: Das Fach entkernen“. In: Barbara Fritz/Katja Hujo (Hg.): Ökonomie unter den Bedingungen Lateinamerikas. Erkundungen zu Geld und Kredit, Sozialpolitik und Umwelt. Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Band 62. Frankfurt am Main: Vervuert, S. 17-26.
- Dullien, Sebastian/Fritz, Barbara/Mühlich, Laurissa (2013): „Regional Monetary Cooperation in Developing Areas: Lessons to be learnt from the Euro Crisis?“. In: World Economic Review, Nr. 2, S. 1-23.
- Eichengreen, Barry/Mohamed, El-Erian/Fraga, Arminio/Ito, Takatoshi/Pisani-Ferry, Jean/Prasad, Eswar/Rajan, Raghuram (2011): Rethinking Central Banking [Committee on International Economic Policy and Reform]. Washington, DC: Brookings.

- IMF [International Monetary Fund] (2002): *Assessing Sustainability*. Prepared by the Policy Development and Review Department, in consultation with the Fiscal Affairs, International Capital Markets, Monetary and Exchange Rate Affairs, and Research Departments. Washington, DC.
- Kaltenbrunner, Annina (2011): „Currency Internationalisation and Exchange Rate Dynamics in Emerging Markets: A Post Keynesian Analysis of Brazil“. PhD thesis, unter: <http://eprints.soas.ac.uk/14353> (abgerufen am 26.04.2013).
- Kipling, Rudyard (1891): „The English Flag“; unter: http://en.wikisource.org/wiki/The_English_Flag (abgerufen am 26.04.2013).
- Leibniz-Gemeinschaft (2004): „Stellungnahme zum Deutschen Übersee-Institut (DÜI), 25.11.2004“, unter: http://www.leibniz-gemeinschaft.de/fileadmin/user_upload/downloads/Evaluierung/Senatsstimmungen/Senatsstimmungen-DUEI-2004.pdf (abgerufen am 26.04.2013).
- Mantega, Guido (2012): *Desafios do crescimento num cenário de crise global. Apresentação do Ministro da Fazenda na Comissão de Assuntos Econômicos do Senado Federal*. Brasília.
- Mehler, Andreas/Hoffmann, Bert (2011): „Area Studies“. In: Bertrand Badie/Dirk Berg-Schlosser/Leonardo Morlino (Hg.): *International Encyclopedia of Political Science*. London/Thousand Oaks: Sage, S. 86-89.
- Przeworski, Adam (2003): *Capitalism, Democracy and Science*; Interview with Adam Przeworski, conducted and edited by Gerardo L. Munck; 24.02.2003, New York, unter: http://www.nyu.edu/gsas/dept/politics/faculty/przeworski/przeworski_munck.pdf (abgerufen am 26.04.2013).
- Ranis, Gustav (2009): *Economics, Area Studies and Human Development*. Economic Growth Center, Yale University, Working Paper 01/2009.
- Sachs, Jeffrey D./Mellinger, Andrew D./Gallup, John L. (2001): *The Geography of Poverty and Wealth*. In: *Scientific American*, März 2001, S. 71-74.
- Schvarzer, Jorge (2002): „Die lange Krise der Verschuldung in Lateinamerika“. In: *Lateinamerika Analysen*, Nr. 2, S. 67-102.
- Spiegel (2012): „‘Not a Joke’: EU-IMF Spat over Greece Worries Investors.“, in: *Spiegel Online*, 13.11.2012, unter: <http://www.spiegel.de/international/europe/eu-and-imf-disagree-about-sustainability-of-greek-debt-load-a-866973.html> (abgerufen am 02.07.2013).
- Szanton, David L. (2004): *The Politics of Knowledge: Area Studies and the Disciplines*. Berkeley: University of California Press.
- Tacitus (1876): *Die Germania*. Nach der Übersetzung von Anton Baumstark von 1876, München: Herder'sche Verlagsbuchhandlung, unter: http://de.wikisource.org/wiki/Die_Germania_des_Tacitus (abgerufen am 26.04.2013).

Peter Birle

POLITIKWISSENSCHAFTLICHE LATEINAMERIKA-FORSCHUNG IN DEUTSCHLAND

Einleitung

Die geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung zu außereuropäischen Regionen erlebt in Deutschland seit einigen Jahren eine deutliche Revitalisierung, und dies aus gutem Grund. Wer politische, ökonomische, soziale und kulturelle Prozesse der Globalisierung verstehen, erklären und mitgestalten will, ist auf genaue Kenntnisse der Gegebenheiten in anderen Teilen der Welt genauso angewiesen wie auf ein Verständnis wechselseitiger Verflechtungen. In seinen Empfehlungen zu den Regionalstudien (*Area Studies*) in den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen hat der Wissenschaftsrat 2006 auf die Relevanz regionalspezifischen Wissens in einer Zeit beschleunigter Globalisierung hingewiesen. Parlamente, Regierungen, Medien, Unternehmen, Verbände und entwicklungspolitische Organisationen seien dringend auf regionenspezifisches Wissen, praxisrelevante Forschung und Beratung angewiesen, um mit den globalen Veränderungen Schritt halten zu können (Wissenschaftsrat 2006: 13). Auch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unterstreicht die wissenschaftspolitische Relevanz der Forschung zu außereuropäischen Regionen; der seit 2008 existierende Förderschwerpunkt „Stärkung und Weiterentwicklung der Regionalstudien (Area Studies)“ zielt darauf ab, die Fernkompetenz Deutschlands in Bezug auf verschiedene Weltregionen zu stärken und gezielt weiterzuentwickeln, um die Wettbewerbsfähigkeit im Globalisierungsprozess zu erhalten und zu verbessern.¹

Inwiefern ist die politikwissenschaftliche Lateinamerikaforschung dazu in der Lage, diesen Postulaten zu entsprechen? In welcher strukturellen Situation befindet sie sich im Vergleich zu anderen sozial- und geisteswissenschaftlichen Disziplinen? Welche Veränderungen haben sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten gegenüber früheren Bestandsaufnahmen erge-

¹ Siehe <http://www.bmbf.de/foerderungen/16467.php> (abgerufen am 28.05.2013).